

PRESSEMITTEILUNG 141 – 17.07.2026

Sandra Redmann

Der Umgang mit dem Wolf verlangt eine tragfähige Lösung statt politischer Profilierung

Zum aktuellen Umgang der Landesregierung mit dem Wolfsmanagement und den Äußerungen des Bauernpräsidenten erklärt Sandra Redmann, umweltpolitische Sprecherin der SPD -Landtagsfraktion:

„Die Debatte um den Wolf in Schleswig-Holstein gerät zunehmend in eine gefährliche Schieflage. Ein Thema, das Sachlichkeit und Verantwortung verlangt, wird immer mehr mit zugespitzten Parolen statt mit tragfähigen Lösungen geführt.

Gerade deshalb braucht es jetzt Sachlichkeit und politische Verantwortung statt symbolischer Schnellschüsse.

Die Sorgen der Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter sind real und müssen ernst genommen werden. Wer Tiere hält, trägt Verantwortung, muss sich aber auch darauf verlassen können, dass Politik praktikable und rechtssichere Lösungen entwickelt. Wer diese Sorgen jedoch für immer schärfere politische Forderungen instrumentalisiert, löst keine Probleme, sondern verschärft einen ohnehin emotional geführten Konflikt.

Die Ankündigung von Landwirtschaftsministerin Cornelia Schmachtenberg, bereits jetzt großflächige wolfsfreie Gebiete an der Westküste in Aussicht zu stellen, wirft erhebliche Fragen auf. Noch bevor der angekündigte Wolfsmanagementplan überhaupt vorliegt und eine fachliche Bewertung abgeschlossen ist, entsteht der Eindruck, dass das politische Ergebnis bereits feststeht. Ein transparentes Verfahren, eine offene parlamentarische Debatte und die Beteiligung der betroffenen Verbände sehen anders aus. Wer einen so weitreichenden Eingriff plant, sollte ihn fachlich begründen, bevor politische Tatsachen suggeriert werden.

Mit der Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz bestehen neue rechtliche Möglichkeiten. Daraus folgt jedoch kein Freibrief für möglichst weitreichende Eingriffe. Die neue Rechtslage verlangt vielmehr eine sorgfältige fachliche Prüfung, eine belastbare Begründung und eine transparente parlamentarische Beratung. Genau diesen Anspruch muss die Landesregierung erfüllen.

Einen völlig anderen, aber nicht minder problematischen Ton schlägt der Präsident des Bauernverbandes an. Seine Forderung nach möglichst flächendeckenden wolfsfreien Gebieten und seine Aussage, Schleswig-Holstein sei „ein Agrarland und keine grüne Spielwiese oder Naturschutzgebiet“, werden weder den Herausforderungen der Weidetierhaltung noch dem Stellenwert des Natur- und Artenschutzes gerecht. Wer Natur- und Artenschutz auf diese Weise herabwürdigt, verschärft bewusst einen gesellschaftlichen Konflikt.

Natur- und Artenschutz sind keine ideologische Spielwiese und auch kein Hindernis für eine leistungsfähige Landwirtschaft. Sie sind Verfassungsauftrag, europäische Verpflichtung und Grundlage einer intakten Kulturlandschaft. Gerade die Landwirtschaft ist auf funktionierende Ökosysteme angewiesen. Deshalb darf der Schutz unserer Natur nicht zum politischen Feindbild erklärt werden.

Gerade deshalb sind jetzt auch die Grünen gefordert. Wer den Natur- und Artenschutz zu seinem politischen Markenkern zählt, muss deutlich machen, ob er diesen Kurs der CDU mitträgt oder ihm innerhalb der Koalition klare Grenzen setzt. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben Anspruch auf Klarheit darüber, ob die Ankündigungen der Landwirtschaftsministerin tatsächlich den gemeinsamen

Kurs der Landesregierung darstellen oder ob in der Koalition noch ernsthaft um einen ausgewogenen Umgang mit dem Wolf gerungen wird. Schweigen wäre in dieser Debatte ebenfalls eine politische Entscheidung.

Die eigentliche Spielwiese ist derzeit die politische Debatte. Während die Landwirtschaftsministerin weitreichende Ankündigungen macht und der Bauernverbandspräsident mit immer schärferen Parolen Stimmung erzeugt, bleiben die wirklich schwierigen Fragen eines ausgewogenen Wolfsmanagements unbeantwortet. Schleswig-Holstein braucht keine politischen Überbietungswettbewerbe, sondern einen verantwortungsvollen Umgang mit einer geschützten Tierart, der die berechtigten Interessen der Weidetierhaltung ebenso ernst nimmt wie die Verpflichtungen des Natur- und Artenschutzes. Wer Regierungsverantwortung trägt, muss beides zusammenbringen statt den Eindruck zu erwecken, dass Schlagzeilen wichtiger sind als tragfähige Lösungen.“